

Seeschifffahrt muss zur Klimaneutralität beitragen, fordert EP

- Parlament für 40% CO₂-Reduktion bis 2030
- Der Seeverkehr soll in das EU-Emissionshandelssystem (ETS) einbezogen werden
- Ein „Ozeanfonds“ als Beitrag zum Schutz der marinen Ökosysteme



Parlament will eine 40%ige Senkung der CO₂-Emissionen der Schifffahrtsindustrie bis 2030

©Kara/Adobe Stock

Um den Seeverkehr zu dekarbonisieren, hat das Europäische Parlament für die Einbeziehung der CO2-Emissionen der Seeschifffahrt in das EU-Emissionshandelssystem gestimmt.

Am Mittwoch nahm das Europäische Parlament in Brüssel seine Position zum [Vorschlag der Kommission](#) zur Überarbeitung des EU-Systems zur Überwachung, Meldung und Verifizierung von CO2-Emissionen des Seeverkehrs (die "[EU-MRV-Verordnung](#)") mit 520 Ja-Stimmen bei 94 Nein-Stimmen und 77 Enthaltungen an.

Die Europaabgeordneten stimmen weitgehend darin überein, dass die Meldepflichten der EU und der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) angeglichen werden sollten, wie von der Kommission vorgeschlagen. Sie stellen jedoch fest, dass die IMO kaum Fortschritte bei einem ehrgeizigen globalen Abkommen über die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Die Kommission müsse daher die allgemeine ökologische Integrität der von der IMO beschlossenen Maßnahmen, einschließlich der Ziele des Pariser Abkommens, prüfen. Ein globales und ehrgeiziges Abkommen über die Treibhausgasemissionen der Schifffahrt sei dringend erforderlich, fügen sie hinzu.

Das Parlament fordert, dass Schiffe ab 5000 Bruttoregistertonnen in das [EU-Emissionshandelssystem \(ETS\)](#) einbezogen werden.

Die Abgeordneten sind jedoch der Meinung, dass eine marktbasierende Politik zur Emissionsreduzierung nicht ausreicht, und fordern, dass die Reedereien ihre jährlichen durchschnittlichen CO2-Emissionen pro Transportleistung für alle ihre Schiffe bis 2030 um mindestens 40 Prozent reduzieren müssen.

Einrichtung eines Ozeanfonds

Die Abgeordneten fordern einen „Ozeanfonds“ für den Zeitraum von 2022 bis 2030, finanziert durch die Versteigerung von ETS-Emissionszertifikaten. Mit diesem Geld sollen Schiffe energieeffizienter machen und Investitionen in innovative Technologien und Infrastruktur, wie alternative Treibstoffe und grüne Häfen, unterstützen. 20 Prozent der Einnahmen aus dem Fonds sollten verwendet werden, um die durch die globale Erwärmung beeinträchtigten Meeresökosysteme besser zu schützen, wiederherzustellen und effizient zu bewirtschaften.

Zitat der Berichterstatterin

[Jutta Paulus](#) (Grüne/EFA): „Heute senden wir ein starkes Signal im Einklang mit dem Europäischen Grünen Deal und dem Klimanotstand: Die Überwachung und Berichterstattung über CO2-Emissionen ist wichtig, aber Statistiken allein sparen kein Gramm Treibhausgas ein! Deshalb gehen wir weiter als der Kommissionsvorschlag und fordern härtere Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen der Seeschifffahrt.“

Nächste Schritte

Das Parlament ist nun bereit, Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten über die endgültige Form der Gesetzgebung aufzunehmen.

Hintergrund

Der Seeverkehr ist der einzige Sektor, in dem die EU keine spezifischen Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen hat. Der weltweite Seeverkehr verursacht rund 2 bis 3 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen. mehr als alle EU-Mitgliedstaaten. Im Jahr 2017 entfielen in der EU [13 Prozent der gesamten verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen der EU](#) auf den Seeverkehrssektor.

Weitere Informationen

[Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit](#)

[Der angenommene Text wird hier veröffentlicht \(16.09.2020\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Monitoring, reporting and verification of CO2 emissions from maritime transport" \(auf Englisch\)](#)

Kontakt

Thomas HAAHR

Press Officer

 (+32) 2 28 42976 (BXL)

 (+33) 3 881 72033 (STR)

 (+32) 470 88 09 87

 thomas.haahr@europarl.europa.eu

 [@EP_Environment](https://twitter.com/EP_Environment)

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

☎ (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@europarl.europa.eu
